

# NATIONALSOZIALISMUS UND PREUBISCHER SOZIALISMUS

FERENC L. LENDVAI

In Anbetracht der Kontinuität der deutschen Außenpolitik während des ersten und zweiten Weltkrieges ist es erforderlich, kurz auf die oftmals vorgetragene Anschuldigung im Zusammenhang damit einzugehen, dass es sich hierbei praktisch um die Fortdauer des „preußischen Militarismus“ handle, bzw. dass der Nazismus die unmittelbare Fortsetzung dessen und seine noch aggressivere Manifestation sei. Die Legende wurde – selbstverständlich in positivem Sinne – von den Nazis selbst sorgsam gehegt (wohl wissend, dass man sich damit zur Popularität verhalf); später dann beriefen sich diejenigen, die nicht so sehr Gegner des Nazismus als jene des „Preußentums“ waren, ebenfalls mit Vorliebe auf diese angebliche Verwandtschaft im negativen Sinne. Der „Tag von Potsdam“ gestaltete sich somit zur ständigen, beidseitigen Berufungsgrundlage... Es wäre wirklich überflüssig, alle Lügen und Verfälschungen Hitlers und seiner Nazis jeweils gesondert zu widerlegen, doch lohnt es sich vielleicht, kurz auf die preußenfeindlichen Anschuldigungen des Westens und Ostens einzugehen, dabei voraussetzend, dass sie nicht von Grund auf böswillig waren. Der britische Historiker A. J. P. Taylor bemüht sich, Hitler das Preußentum mit jener Behauptung anzuhängen, dass Hitler hinsichtlich seiner Abstammung (in Verbindung mit Österreich, Böhmen und mit dem Verlauf der Donau nach dem nahen Osten) zwar ein Großdeutscher sei doch wäre er praktisch wie durch Adoption als Führer des Reiches (in Bezug auf Polen und die überseeischen Kolonien) auch Kleindeutscher. Hinsichtlich seiner außenpolitischen Linienführung mochte das zwar stimmen, doch bietet dies keinerlei Erklärung für die Beziehung Hitlers ausgerechnet zu den Traditionen.<sup>1</sup> Die russische bzw. die russisch inspirierte DDR-Propaganda hingegen warf ständig mit Phrasen und Parolen wie „reaktionäres Preußentum“, „feudale Überreste“, „preußische Soldateska“ oder „Drang nach Osten“ um sich. Bekannt ist, dass man über einen langen Zeitraum hinweg darum bemüht war, mit allen Mitteln preußische Traditionen aus dem Gedächtnis der Bürger des ostdeutschen Staates zu streichen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> A. J. P. Taylor: *The Course of German History. A Survey of the Development of Germany since 1815*, Hamish Hamilton, London (1946), S. 218. – Taylor hat diesen Zaubertrick nötig, da er zuvor bereits – die Fakten nicht leugnend – Hitlers österreichische Wurzeln anerkannte (ebenda, S. 216-217).

<sup>2</sup> Siehe *Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789*, hg. v. Gustav Seeber – Karl-Heinz Noack, Akademie, Berlin 1983, S. 14-15, 19, 47. Diese Propaganda setzt eine direkte Verbindung Friedrich der Große – Bismarck – Wilhelm II. – Hitler voraus, eventuell noch Luther an den Anfang der Reihe stellend (was übrigens vollkommen den Intentionen

Natürlich kann an dieser Stelle nicht davon die Rede sein, den Faschismus oder auch den Nationalsozialismus entweder historisch oder theoretisch einer Analyse zu unterwerfen.<sup>3</sup> Wir werden ausschließlich kurz darauf eingehen, inwiefern das, was in diesem Zusammenhang in Deutschland realisiert wurde (d.h. der Hitlerismus) mit preußischen Traditionen verknüpft war oder eben nicht. Gegenwärtig kann in detaillierten Ausarbeitungen bereits nachgewiesen werden, dass jener Grundgedanke Hitlers, welchen er im Laufe seiner Karriere maniakalisch zu realisieren bemüht war – sein Juden- und Slawenhass nämlich – noch während seiner Jugendzeit, in Österreich und vor allem in Wien zur Entfaltung kam. Er selbst hat immer jenen großen Einfluss anerkannt, den derzeit Georg Schönerer und Karl Lueger auf ihn ausübten. Dies ist kein Wunder, denn jener Schmelztiegel an Stimmen und Sprachen, den er auf den Straßen Wiens vorfand, bedeutete für den xenophoben Hitler das Anzeichen eines Reiches der „Blutschande“ Das „Reich aller Germanen“ war zu erschaffen, um die Deutschen Österreichs zu retten.<sup>4</sup> Es ging hierbei nicht simpel um individuelle Phantasterei,

---

Taylor und Borkenaus entspräche).

<sup>3</sup> Bezüglich der umfassenden Literatur zu diesem Problem vgl. z.B. folgende Resümees: Richard Saage: *Faschismustheorien. Eine Einführung*, Beck, München (1976, 2. Auflage 1977), der in erster Linie die gesellschaftliche Basis des deutschen Nationalsozialismus analysiert (S. 41 ff., 118 ff.); Mária Ormos: *Nácizmus – fasizmus* [Nazismus – Faschismus], Magvető, Budapest (1987) erörtert darüber hinaus (S. 90 ff., 279 ff., 367 ff.) auch weitere europäische Varianten.

<sup>4</sup> J. Sydney Jones: *Hitler in Vienna 1907-1913*, Stein and Day, New York (1983) (zuerst erschienen in deutscher Sprache unter dem Titel „Hitlers Weg begann in Wien“, Limes Verlag Niedermayer und Schlüter, Wiesbaden-München o.J.), S. 92. Das Buch geht detailliert auf die Wechselfälle im Leben des nicht vollkommen unbegabten jungen Hitler in Wien ein, auf seine sexuellen und künstlerischen Probleme. Jene Tatsache, dass die erfolgreichen Vertreter der modernen literarischen und Kunstströmungen zumeist jüdischer Abstammung sind, zeigt ebenso seine Wirkung bei ihm (und vermutlich bei der späteren Herausbildung des Begriffes von der „entarteten Kunst“), wie auch die ariosophistische Wissenschaft von den Rassen und der sexuelle Rassismus (d.h. praktisch Antisemitismus) der „Ostara“-Hefte des Jörg Lanz von Liebenfels. (Ebenda S. 95 ff., 117 ff.) Über den unter diesem Pseudonym wirkenden, von den Heiligenkreuzer Zisterziensern hinausgeworfenen Mönch (ursprünglich: Adolf Josef Lanz), dessen Werke Hitler nicht nur las, sondern den er einmal auch persönlich aufsuchte, hat der Psychologe Wilfried Daim eine eigenständige Monographie geschrieben: *Der Mann, der Hitler die Ideen gab*, 2. Auflage, Hermann Böhlau Nachf., Wien-Köln -Graz 1985 (1. Auflage: Isar, München 1958). Der Autor beschreibt sowohl die Ideen Lanz's als auch Hitlers als typisch österreichische – dabei detaillierte Parallelen ziehend (vgl. S. 190 ff. und vor allem 255 ff.): Hitler hat den preußischen Soldaten ebenso imitiert, wie es der Orden des Neuen Tempels von Lanz mit dem deutschen Ritterorden tat. (Lanz selbst hat den Titel „Ostara“ mit den Ostrogoten und ihrer angeblichen Göttin bzw. dem sich daraus ergebenden „Ostar-richi“ in Verbindung

wie sich auch Österreich nicht zufällig zum Schauplatz des gleichermaßen antisemitischen und demagogischen politischen Wirkens des Großdeutschen Schönerers und des christlichsozialen Luegers gestaltete. Das die unterschiedlichsten „Volksstämme“ miteinander vereinende und gegeneinander aufhetzende Österreich, in dem derzeit zunächst die Reformation und später dann die Aufklärung mit Gewalt erstickt wurde, und das unfähig war, sich als Nationalstaat zu organisieren, darüber hinaus auch nicht in der Lage, der Hegemonie des Deutschtums im Rahmen des angeblich „übernationalen“ Gebildes zu entsagen, und welches demzufolge den Übergang in moderne bürgerliche, ökonomische und gesellschaftliche Formation im Zeichen eines faulen Kompromisses mit mittelalterlich-feudalen und reaktionär-konservativen Kräften durchlebte – dieses Österreich war der ideale Geburtsort einer den Rassengedanken mit mittelalterlichen Gemeinschaftstraditionen verknüpfenden Idee: des „Nationalsozialismus“ Die 1904 in Trautenau (Trutnov) gegründete österreichische Deutsche Arbeiterpartei war dann die erste nationalsozialistische Partei: anlässlich ihres Kongresses in Wien nahm sie im August 1918 den Namen Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei an.<sup>5</sup> Die andere Partei, die zunächst ebenfalls Deutsche Arbeiterpartei hieß, später hingegen (nicht ohne Bezug auf die österreichische und sudetendeutsche Sparte) Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, mit ihrer derzeit bereits führenden Persönlichkeit, dem vom Österreicher formell zum Reichsdeutschen, tatsächlich aber zum Großdeutschen avancierten Adolf Hitler, wurde im Januar 1919 in München, der Hauptstadt Bayerns gegründet (Hitler trat im September der Partei bei, die Bezeichnung NSDAP war ab 1920 gebräuchlich), erneut also in einer – auch innerhalb des Reiches stark den Partikularismus wahren – süddeutschen und katholischen, feudale und agrarische Traditionen erhaltenden, der norddeutschen Reformation und Aufklärung sowie dem Fortschritt feindlich gesinnten Region bzw. Stadt. Nach der Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik wiesen die führenden Politkräfte

---

gesetzt...) Daim zitiert mehrmals seinen Freund, den beim Zustandekommen des Buches ebenfalls eine Rolle spielenden Soziologen August M. Knoll: „Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat.“ Aus verständlichen Gründen konnte Lanz zur Zeit der Nazi Herrschaft nichts publizieren. Seine Verbindungen zu Ungarn (in erster Linie zur Gruppe „Marienkamp-Szt.Balázs“ des Ordens) sind im Detail nicht zu ermitteln.

<sup>5</sup> Die Umstände, die gesellschaftliche und ideologische Basis der Gründung der Partei (so auch der Widerstand der deutschen und böhmischen Arbeiter) werden von Andrew Gladding Whiteside ausführlich analysiert: *Austrian National Socialism before 1918*, Martinus Nijhoff, The Hague 1962, in erster Linie S. 87 ff., 112 ff. – Die Bezeichnung „nationalsozialistisch“ hat übrigens eine der tschechischen Arbeiterorganisationen schon früher erwähnt: „Ceska Strana Národní Sociální“.

des stark antirevolutionär und reaktionär eingestellten Bundeslandes dem „roten“ und „linken“ preußischen Berlin gegenüber entschiedene Antipathie nach. Das Verhalten des so genannten „Kahr-Lossow-Seisser-Triumvirates“ war gleichermaßen ein bayrisch-föderalistisches wie großdeutsch-nationalistisches. Diese Herren mussten von Adolf Hitler und seinen Burschen mit ihren Waffen zur Zeit des berüchtigten „Bürgerbräu“-Putsches nicht sonderlich bedroht werden – schon gar nicht, als der sich quasi zufällig dort aufhaltende Nationalheld Ludendorff in der gegebenen Situation es als das Beste erachtete, sich dem Putsch anzuschließen. (Wohl hat Landeskommissar Kahr sich persönlich schließlich gegen den Putsch gewandt, doch haben ihn dann deshalb erwähnte Burschen bzw. deren Kameraden wie es sich gehört – wenn auch mit elf Jahren Verspätung – zu Tode geprügelt.) Der nach italienischem Vorbild ausgetüftelte *marcia su Berlino* war zwar zum Scheitern verurteilt, doch haben zahlreiche „mildernde Umstände“, wie der nach der Zerschlagung der Räteregierung in jener Situation so wichtige „vaterländische Geist“ und jener Fakt, dass der Prozess – rechtswidrig – nicht in Leipzig sondern in München stattfand, ihre Wirkung nicht verfehlt. Obwohl man in den Taschen des einen gefallenen Putschisten (Oberstlandesgerichtsrat Theodor von der Pfordten) einen kompletten neuen Verfassungsentwurf vorfand – was unter den gegebenen Umständen den Tatbestand des Hochverrates umfassend erschöpfte – veröffentlichte die *Bayerische Staatszeitung* einen ehrenden Nekrolog; den „Führer“ hingegen hat das Gericht zu einigen Jahren bequemer Festungshaft verurteilt, welche Strafe die obersten bayerischen Gerichte zunächst bedeutend milderten, später dann auf „Probezeit“ minderten und schließlich vollkommen erließen!<sup>6</sup>

Es zeigten sich darüber hinaus bereits Antezedenzen dahingehend, dass der Nationalsozialismus erfolgreich „das preußische Schwert der österreichischen Narretei“ zu stellen vermochte. Einer der wichtigsten diesbezüglicher Faktoren war der traditionelle preußische Sozialgedanke: die Idee vom so genannten

---

<sup>6</sup> Der ausgezeichnete kleine Band von Otto Gritschneider: *Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. – Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz*, C. H. Beck, München (1990) geht ausführlich auf alle Details der Angelegenheit ein. Hitler hielt vor dem Gericht lange Propagandareden, die von der Presse umgehend publiziert wurden, und in denen er die Zentralregierung in Berlin ungestört simpel als „Novembervbrecher“ apostrophierte. Weder den ersten Staatsanwalt Ludwig Stenglein noch den zweiten Staatsanwalt und Untersuchungsrichter (und späteren CSU-Politiker) Hans Ehard, sowie noch weniger den Gerichtsvorsitzenden Georg Neithardt erteilte das Schicksal des unglückseligen Kahr (der Freitag des Naziputsches wurde von den Nazis morbide als „Kahr-Freitag“ erwähnt...), denn Neithardt z.B. wurde 1933 sogar Mitglied der Nazipartei und nach seinem Tode ließ sich der „Führer“ auf seiner Beerdigung vertreten... Siehe im erwähnten Werk S. 13, 28-29, 47, 48 ff., 62, 119 ff.

„preußischen Sozialismus“ Es ist kein Zufall, dass die deutsche Sozialdemokratie in den norddeutschen protestantischen Regionen über eine bedeutende Wählerbasis verfügte, während man in den west- und süddeutschen katholischen Regionen seine Stimme den konservativen (oftmals sogar bayrisch oder rheinländisch separatistischen) Parteien gab. Das war in den zwanziger Jahren der Fall, wobei sich die Lage zu Beginn der dreißiger Jahre infolge und zur Zeit der Weltwirtschaftskrise einem Wandel unterzog: während die katholischen Gebiete zunächst in den Händen der Konservativen verblieben, wurden die Regionen der Protestanten durch die Nazis erobert. Schließlich dann vermochten die Nazis anlässlich der berüchtigten Wahlen vom März 1933 im Nordwesten und Nordosten die absolute Mehrheit zu erzielen. Darüber hinaus hat man überall – so auch in Bayern die relative Mehrheit errungen. Die einzige Ausnahme bildete das Rheinland. Der nördliche Flügel der deutschen Sozialdemokratie war in sozialer Hinsicht schon immer ein um vieles radikalerer als der südliche. Und dies ist der Punkt, an dem jener nördliche Flügel der nationalsozialistischen Partei, welcher sich ebenfalls auf dieselbe Art und Weise von den Nazis im Süden unterschied, erfolgreich die seit der Reformation vom eschatologischen Gedanken beeinflusste norddeutsche protestantische öffentliche Meinung ins Visier nahm. Der nördliche Flügel der Nazipartei nämlich stand über lange Zeit hinweg unter dem Einfluss der Gebrüder Strasser, und zwar hauptsächlich in den zwanziger Jahren, zum Teil aber auch später noch. Der ältere Bruder, Gregor, zählte bis zum Schluss zu den getreuen Mitgliedern der Nazipartei und scheiterte Hitler gegenüber, als er innerhalb der Partei die sozialistische Strömung zu stärken wünschte. Im Jahre 1932 schließlich war er zum Rückzug gezwungen, was ihn jedoch nicht davor bewahren konnte, während des so genannten „Röhm-Putsches“ ermordet zu werden. Der jüngere Bruder, Otto, dagegen war ursprünglich Sozialdemokrat und nur von 1925 bis 1930 Mitglied der Nazipartei, brach danach endgültig mit Hitler, stellte seine Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten und die so genannte „Schwarze Front“ auf. Nach 1933 schließlich organisierte er seinen Kampf gegen Hitler aus dem Ausland.<sup>7</sup>

Hitler selbst hat nie Wert gelegt auf einen Fortschritt hin zum wahren Sozialismus. Dieses Wort blieb bei ihm immer allein ein Mittel reinster Demagogie. Bezeichnend ist, dass der Strasser-Flügel während des

---

<sup>7</sup> In Bezug auf die Gebrüder Strasser siehe z.B. F. L. Carsten: *The Rise of Fascism*, B. T. Batsford, London (1967), S. 124 ff. – In Bezug auf den Nazieinfluss in Arbeiterkreisen vgl. zwei Studien aus folgendem Band: *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, hg. v. Uwe Backes – Eckhard Jesse – Rainer Zitelman, Propyläen (Frankfurt-Berlin 1990), und zwar Gunther Mai: „Arbeiterschaft zwischen Sozialismus, Nationalismus und Nationalsozialismus. Wider gängige Stereotype“ und Jürgen W. Falter: „«Anfälligkeit» der Angestellten «Immunität» der Arbeiter? Mythen über die Wähler der NSDAP“, S. 195 ff. bzw. 265 ff.

Volksentscheides 1926 über die entschädigungsfreie Enteignung des Vermögens von Herrscherfamilien in diesem Sinne agitierte, Hitler gegen eine solche geplante Verletzung des „Heiligtums Privatbesitz“ protestierte! Tatsächlich hat Hitler hinsichtlich seines nationalsozialistischen innenpolitischen Programms die Realisierung eines einzigen Punktes angeregt: die Vernichtung der Juden. Zunächst hatte er im Anschluss an die Machtergreifung noch einigen sozialen Programmen Raum gelassen, doch wiesen diese an Umfang und Effizienz eine ständig sinkende Tendenz auf. Der staatliche Eingriff ins Wirtschaftsleben wurde von ihm auch nur in dem Maße forciert, inwieweit jener im Interesse der Betriebe des Großkapitals lag bzw. inwiefern die Kriegsvorbereitungen ihn forderten.<sup>8</sup> Gegen die preußischen Junker (ja, ausgerechnet gegen die *preußischen* Junker!) führte man in den ersten Jahren noch eine großgrundbesitzfeindliche Propagandakampagne unter der Leitung des „Agrarexperten“ Walter Darré, die schon bald unterlassen wurde; in Bezug auf Gruppierungen und Monopole des Großkapitals kam so etwas nicht einmal im Ansatz in Frage!<sup>9</sup> Unter den namhaften Vertretern des „preußischen Sozialismus“ gab es einen bedeutenden Kultus um den verstorbenen Moeller van den Bruck – wäre er am Leben geblieben, hätte ihn dasselbe Schicksal wie Oswald Spengler ereilt oder wie den nach dem Prinzip des „Universalismus“ die korporativen gesellschaftsorganisatorischen Prinzipien erarbeitenden Wiener Othmar Spann: beide gerieten in einen heftigen Konflikt mit dem Hitlerregime. Von Hitler wurde jegliche Form des Sozialismus als „jüdische Destruktion“ qualifiziert, selbst dann, wenn absolut keine Verbindung zum Marxismus vorlag – doch gab es in der Ideologie von Spann zuviel an Christentum und in der von Spengler zuviel an Kantianismus...<sup>10</sup>

Da bleibt allein noch die Frage, in welchem Maße die politischen Führungsschichten Hitler in Preußen oder anderswo die Machtübernahme ermöglichten. Nun – gerade in Preußen am allerwenigsten. Bereits vor 1933 galten die Nazis in Braunschweig (September 1931), Mecklenburg-Strelitz (April 1932), Anhalt (Mai), Oldenburg (Juni), Mecklenburg-Schwerin und Thüringen (Juli) als „regierungsreif“; der von den Nazis anlässlich der Wahlen in Lippe-Detmold, diesem typischen Überbleibsel der traditionell deutschen „Kleinstatelei“, im

<sup>8</sup> Siehe im erwähnten Band die Studie von Albrecht Ritschl: „Zum Verhältnis von Markt und Staat in Hitlers Weltbild. Überlegungen zu einer Forschungskontroverse“, S. 243 ff.

<sup>9</sup> Vgl. bezüglich der von Darré geleiteten Kampagne gegen das Großgrundbesitzum Kurt Gossweiler: „Junkertum und Faschismus“, in *Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789*, S. 290 ff. Die historische Verbindung Hitlers zum Großkapital ist dermaßen bekannt, dass es überflüssig wäre, speziell darauf einzugehen.

<sup>10</sup> Siehe im erwähnten Band die Studie von Joachim Petzold: „Oswald Spenglers «Preußischer Sozialismus»“ S. 276 ff. und besonders 287-288. Spenglers Abscheu in Bezug auf die „Machtergreifung“ Hitlers kommt in *Jahre der Entscheidung* (Beck, München 1933) gut zum Ausdruck: vgl. in erster Linie die Einleitung zum Buch.

Januar 1933 errungene Sieg diente als letzter Anstoß (bzw. Vorwand) für die Berufung Hitlers zum Kanzler. Demgegenüber musste in Preußen die demokratische (deutsche *und* preußische) Traditionen wahrende und hütende sozialdemokratische Regierung Braun–Severing mit dem berüchtigten Staatsstreich vom Juli 1932 des Amtes enthoben werden. Hans-Joachim Schoeps ist der Ansicht, dass es die in der Schule August Bebels des Sohnes eines preußischen Unteroffiziers – aufgewachsene Generation sozialdemokratischer Politiker, wie Gustav Noske, Paul Hirsch, Otto Braun, Carl Severing, Wilhelm Sollmann usw. war, welche die Traditionen des preußischen Staates weiterführte und sich als verlässlicher Bürge preußischer Standhaftigkeit und Resistenz zeigte. In den Weimarer Jahren erwies sich Preußen als Musterrepublik: republikanisches Bewusstsein hat zum Ausgang des 14. Jahres der Republik nur in jenem Freistaat Preußen eine Heimstatt gefunden, dessen ganzer Stolz noch immer sein Beamtentum, die mustergültige Selbstverwaltung der Gemeinden und der Ausbau eines schlagkräftigen, zuverlässigen Polizeiparates war. Aus diesem Grunde kann – so Schoeps – der 20. Juli 1932 eher als jeder andere Tag als derjenige angesehen werden, an dem Preußen *de facto* zu existieren aufgehört hat.<sup>11</sup> Urheber und Ausführender des Staatsstreiches war Franz von Papen – Preuße nur insofern, inwiefern man einen sich zum Kapitalisten entwickelnden katholischen Aristokraten aus Westfalen-Saarland als Preußen bezeichnen kann. Der hannoverische Großdeutsche und national-völkische Alfred Hugenberg, der andere Quartiermacher Hitlers, könnte da schon eher als Preuße eingestuft werden – doch war auch er eindeutig Exponent des Ruhrkapitals.<sup>12</sup>

Letztendlich aber hat Hitler sein Amt Hindenburg zu verdanken, denn den denkwürdigen „Tag von Potsdam“ gab es tatsächlich. Scheinbar haben also die beiden preußisch-deutschen Nationalhelden Ludendorff und Hindenburg Hitlers Weg zur Macht ebenfalls geebnet: der eine im Jahre 1923, der andere 10 Jahre später. Von einer wissentlichen und eindeutigen Unterstützung jedoch kann nicht die Rede sein. Den Putsch von 1923 hat Ludendorff als unerwartete Gelegenheit akzeptiert, und obwohl er sich im Laufe des Prozesses eindeutig auf die „Loyalität“ Hitlers berief, hat er sich danach von ihm abgewandt und wies im weiteren jede Gemeinsamkeit zurück. Sein gesamtes politisches Wirken bewies übrigens Dilettantismus. Wenn auch nicht im selben Maße, so hat doch auch das Wirken Hindenburgs dilettantische Elemente aufzuweisen: genau wie bei Ludendorff kann von ihm ebenfalls nicht gerade behauptet werden, dass er eine Persönlichkeit mit großem Weitblick gewesen wäre... Beide waren Soldaten, und als solche

---

<sup>11</sup> Hans-Joachim Schoeps: *Preußen. Geschichte eines Staates*, 8. Auflage, Propyläen, Berlin (1968) (1. Auflage 1966), S. 291, 295 f.

<sup>12</sup> Siehe in diesem Zusammenhang Joachim Petzold: *Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis*, Buchverlag Union, München–Berlin 1995.

Verfechter der preußischen monarchistischen Traditionen: wenn sie Hitler anerkannten, dann taten sie das zögernd und sozusagen „mangels Besseren“ Hitler seinerseits wiederum war wissentlich darum bemüht, den Eindruck zu erwecken, die hohen Generäle hätten ihn tatsächlich als Gleichgestellten zu sich gesellt: zunächst versuchte er sich damit, in Hindenburg, nach dessen Tode dann über einen gewissen Zeitraum hinweg in Ludendorff den „Vater der Nation“ verkörpert zu sehen – selbstverständlich in einer Art und Weise, die ihn als den lieben Sohn dieses Vaters erachtet...<sup>13</sup> Die Nazis haben auch weiterhin großen Wert darauf gelegt, die traditionelle preußische Militärelite für sich zu gewinnen – selbst zur Zeit der größten Siege Hitlers nicht unbedingt mit Erfolg, schon gar nicht nach weitestgehender Agnoszierung der Katastrophenpolitik. Nach Ansicht Schoeps' und anderer handelte es sich bei der Verschwörung vom 20. Juli 1944 – wie sie ähnlich im Verlaufe des ersten Weltkrieges unvorstellbar gewesen wäre entschieden um das Werk der preußischen Polit- und Militärelite, denn vertreten waren praktisch sämtliche wohlklingenden Familiennamen: Yorck und Moltke, Witzleben und Schulenburg, Schwerin und Stülpnagel, Dohna und Lehndorff.<sup>14</sup>

Zusammenfassend kann konstatiert werden: was seitens des so genannten „Preußentums“ den Nationalsozialisten tatsächlich zur Macht verhalf, der

---

<sup>13</sup> Vgl. zu diesem Thema Wolfgang Ruge: „Grauer General, Kriegsverlierer und Ersatzkaiser – die drei Leben des Paul von Hindenburg“, in *Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789*, S. 219 ff. sowie Fritz Tobias: „Ludendorff, Hindenburg, Hitler. Das Phantasieprodukt des Ludendorff-Briefes vom 30. Januar 1933“, in *Die Schatten der Vergangenheit*, S. 319 ff. In letzterer Studie hat der Autor (der freudig historische Legenden anzweifelt) widerlegt, dass Ludendorff sofort gegen die Ernennung Hitlers protestiert hätte; jedenfalls ist schon charakteristisch, dass diese Legende geboren und – nach dem Krieg – verbreitet werden konnte.

<sup>14</sup> Sofort im Anschluss an die Machtübernahme hat Himmler die Gewinnung der alten Elite in Angriff genommen; siehe Gunnart C. Boehner: „The Third Reich and the problem of ‚Social Revolution‘: German officers and the SS“, in *Germany in the Age of Total War*, ed. by Volker R. Berghahn – Martin Kitchen, Crom Helm – Barnes Noble, London-Totowa/NJ 1981, S. 203 ff. Der Autor geht auf das Verhalten einiger für die SS eingetommener deutscher Offiziere ein, darunter Generalleutnant Moser, der anlässlich seines Lublin-Aufenthalts von 1944 die tatsächliche Lage in Majdanek erfasste und später erklärte, dass er keine Worte für jenes Grauen fände, das ihn im Angesicht jenes Barbarismus erfasst hätte: er lief zu den Russen über und gab im Juli 1944 eine Presseerklärung ab. – In seiner Abhandlung „20. Juli 1944 – Preußens letztes Kapitel?“ bestreitet Kurt Finker die These von Schoeps, unter anderem darauf verweisend, dass z.B. Stauffenberg selbst süddeutscher (nämlich schwäbischer) Herkunft war (*Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789*, S. 269 ff., 272). Selbstverständlich gab es seit 1871 kein gesondertes preußisches und deutsches Heer oder Offizierskorps: die Tradition war eine preußische. Dass es sich jedoch bei den Verschwörern um Konservative handelte, steht außer Zweifel, mindert aber nicht ihre Verdienste.



korporativ ausgerichtete „preußische Sozialismus“ nämlich, kam im hitlerschen System nicht zur Geltung; was jedoch realisiert wurde, der spezifische Antisemitismus nämlich, war keine preußische Idee. Beim rassistischen Antisemitismus handelte es sich um einen großdeutschen Gedanken, welcher – der österreichischen, sudetendeutschen und baltisch-deutschen Gedankenwelt entstammend in das nach dem verloren gegangenen Krieg in Lethargie versunkene, dem Diktat der westlichen Kapitalmächte unterworfenen Deutschland transplantiert wurde. Im Deutschen Reich gab es nie jenen spontanen Antisemitismus, wie außerhalb seiner Grenzen: die Judenverfolgung in Deutschland haben die Nazis künstlich von oben organisiert und mittels wissentlicher Hetzkampagnen waren sie bemüht, die Bevölkerung gegen die Juden aufzubringen, noch mehr aber darum, die den Juden Hilfe zu leisten Wünschenden einzuschüchtern. Wir waren zwar Zeugen dessen, dass ein gewisser kultureller Antisemitismus Bestandteil auch der preußischen Ideenwelt war, doch gibt es einen prinzipiellen Unterschied zwischen kulturellem und rassistischem Antisemitismus. Egal, ob er im Recht ist oder nicht, ob er chauvinistischen Charakters ist oder nicht – der kulturelle Antisemitismus behandelt die Judenfrage immer als ein rationell anzugehendes soziales Problem, er sieht den Juden als gleichrangigen Widersacher an und hält darüber hinaus seine Assimilation für möglich. Der rassistische Antisemitismus hingegen verlegt die Judenfrage in die Welt der irrationalen Mystik, dem „Erzfeind“ Juden wird als „niederer“ Kreatur von vornherein die Möglichkeit der Assimilation verwehrt, ihn derart tatsächlich unmöglich machend d.h. man erachtet ihn von Beginn an als zu vernichtendes Wesen.<sup>15</sup> Die Machtübernahme Hitlers hat tatsächlich nicht allein dem von Anfang an dem Nazismus gegenüberstehenden marxistischen oder marxistisch begründeten Sozialismus einen Schlag versetzt, sondern ebenso dem nicht-reaktionären Konservatismus, dem korporativen Sozialismus des „schöpferischen Konservatismus“<sup>16</sup> Zu Beginn ging der Nationalsozialismus noch mit antikapitalistischen Zügen einher – und stand damit in Verwandtschaft mit dem „preußischen Sozialismus“ In seiner entwickelten hitlerschen Form jedoch ging er bereits all dieser Spezifika verlustig.

---

<sup>15</sup> Vgl. im Zusammenhang mit all dem z.B. den Band *Verfolgung Vertreibung – Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, hg. v. Kurt Pätzold, 3. Auflage, Philipp Reclam jun., Leipzig 1987 (1. Auflage 1983), in erster Linie S. 72 ff., 164 ff.; siehe weiterhin meine Einleitung zu der Ausgabe *Hét évtized a hazai zsidóság életében* [Sieben Jahrzehnte im Leben des heimischen Judentums] (in der Reihe Religionswissenschaftliche Studien), Institut für Philosophie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest 1990, Band I., S. 25 ff.

<sup>16</sup> Vgl. zum Begriff des „schöpferischen Konservatismus“ (sic!) (Arthur) Moeller van den Bruck: *Das dritte Reich*, 4. Auflage, hg.v. Hans Schwarz, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg (1931/40) (1. Auflage 1923), S. 273.

Die Verfechter des konservativen „preußischen Sozialismus“ haben in Bezug auf die Probleme der deutschen Gesellschaft wirklich einen Ausweg, eine Art „dritten Weg“ gesucht, wenn auch keinen (marxistisch) sozialistischen, so doch einen, wie z.B. bei Giselher Wirsing formulierten antikapitalistischen und antiimperialistischen Weg – eine „neue sozialistische Ordnung“ sowie die „neue internationale Ordnung“. Die Devisen der konservativen Sozialisten waren Korporativismus und Föderalismus, doch stellten ihrer Meinung nach weder der Bolschewismus noch der Faschismus (der italienische nämlich) eine Lösung dar. Bei Wirsing heißt es, dass bis 1920 die Mittelschichten die soziologischen Hauptpfeiler des Staates bildeten: die antikapitalistische Arbeiterklasse war, ebenso wie das eigentliche Großkapital, dem bürgerlich-nationalen Liberalismus in politischer Hinsicht in gewissem Sinne gleichermaßen verbunden. Diese Schicht wurde zwischen 1921 und 1931 gänzlich aufgegeben und erst anlässlich der Reichstagswahlen 1930 fand man eine eigene politische Berufung. Der imperialistische Kapitalismus gestattet in Deutschland ebenso wie bei den zwischeneuropäischen Völkern die Existenz ausschließlich einer solchen Scheinsouveränität, wie es sie in Mittelamerika gibt. Die Ablösung formeller Demokratien durch die Diktaturen bedeutet keinesfalls die Entsagung vom Majorisierungsprinzip, sondern im Gegenteil: die Diktaturen haben den Demokratismus bis zum Äußersten geführt. Das Prinzip des Föderalismus wurde so Wirsing weitgehend in der sowjetischen Union sowie in der antiimperialistischen Türkei des Mustafa Kemal verwirklicht.<sup>17</sup> Die Sympathie für die osteuropäischen Revolutionen ist die eine charakteristische Folge dieser Strömung. Weiterhin folgt daraus, dass man sich oftmals mit ausgesprochener Begeisterung oder zumindest anerkennend über jene radikalen Gruppierungen oder Komponenten der marxistischen Arbeiterbewegung äußert, welche nicht geneigt waren, von den Westmächten die Oktroyierung des kapitalistischen Liberalismus auf die deutsche Gesellschaft anzunehmen, sondern sich jener auf revolutionäre Art und Weise widersetzen sich bei der Organisation selbst altbewährter lassalleanischer preußischer Traditionen bedienend.<sup>18</sup>

Dieses Gedankengut vermochte selbstverständlich allein im ursprünglichen Preußen einen Nährboden zu finden, d.h. in Ostdeutschland, wo nach dem zweiten Weltkrieg ein „sozialistischer deutscher Staat“ unter russischem Protektorat entstand. Die so genannte Deutsche Demokratische Republik hat zwar, wie bereits erwähnt – wenn auch ebenfalls auf den Druck von Moskau hin, da Stalin Preußen zumindest ebenso hasste wie Churchill –, einen unerbittlichen Kampf gegen das „reaktionäre Preußentum“ verkündet (wobei sicherlich u.a. jener Fakt eine Rolle

<sup>17</sup> Erw. Werk, S. 240, 254 ff., 311-312, 314-315.

<sup>18</sup> Vgl. z.B. Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus*, Beck, München 1925, S. 16, 18.

gespielt hat, dass in der neuen Staatsführung vor allem zu Beginn viele Sachsen zu finden waren), doch hat man tatsächlich preußische Traditionen fortgeführt.

Die zunächst als westdeutscher Staat (genauer gesagt: mit einem west- und süddeutschen, rheinländischen und bayerischen Übergewicht) zu Stande gekommene Bundesrepublik hat sich wissentlich von diesen Traditionen abgewandt, denn sie erblickte in ihnen das hauptsächliche Hindernis der zum Westen gehörigen deutschen (liberalen) Demokratie. In politischer Hinsicht hat der einstige rheinländische Separatist Konrad Adenauer den Ausschluss Preußens aus dem neuen Deutschland realisiert, in ideologischem Sinne hingegen – unter vielen als einer der ersten – der österreichisch-stämmige Franz Borkenau.<sup>19</sup> (Das Einzige, was die Bundesrepublik von den preußischen Traditionen übernahm, war die Erhardsche „soziale Marktwirtschaft“ – soviel hatte man aus dem Schicksal der Weimarer Republik gelernt.) Österreich hat für sich urplötzlich das neue „österreichische“ Nationalbewusstsein, die österreichische Geschichte und Kultur entdeckt, um nach der Kriegsniederlage vor den das Land betreffenden Folgen befreit zu sein – und um selbstverständlich dem Befehl der Sieger, der östlichen und westlichen gleichermaßen, Folge zu leisten, welche die Existenz eines souveränen österreichischen Staates erneut als historische Notwendigkeit erachteten. (Wenn es schon aus diesen oder jenen Gründen nicht zweckmäßig erscheint, Deutschland wieder vollkommen aufzusplintern, so hat man sich mit einer erneuten Verstümmelung und mehrfachen Plünderung vor allem im Osten zu begnügen.) Zu einer bequemen Methode der österreichischen Mohrenwäsche gestaltete sich natürlich die übrigens schon auf umfassende Traditionen zurückblickende Beschimpfung des reaktionären, militanten, barbarischen Preußentums.<sup>20</sup>

Der Kontrollrat der Alliierten in Deutschland hat mit seinem Erlass Nr. 46 vom 25. Februar 1947 offiziell den preußischen Staat aufgelöst. Länder aber werden nicht mittels Verordnungen liquidiert. Die Grenzlinie zwischen west- und ostdeutschen Territorien zeichnete sich auch im 20. Jahrhundert klar ab. In der

---

<sup>19</sup> Gordon A. Craig erkennt in seinem Buch: *The End of Prussia*, University of Wisconsin Press (Madison 1984) im Kapitel „Prussianism and democracy: Otto Braun and Konrad Adenauer“ (S. 70 ff.) den Separatismus Adenauers nach 1919 an, ebenso, dass darauf sein preußenfeindlicher Standpunkt von 1946 zurückzuführen ist, darüber hinaus auch, dass Braun ein demokratisches Preußen vertrat. Schließlich jedoch ist er der Ansicht, dass Preußen 1933 „Selbstmord beging“ (S. 90-91). – Zur Ansicht Borkenaus vgl. vor allem: *Drei Abhandlungen zur Deutschen Geschichte*, Vittorio Klostermann, Frankfurt (1947), S. 108.

<sup>20</sup> Zur österreichischen Mentalität in Bezug auf die Nazivergangenheit siehe Andreas Maislinger: „«Vergangenheitsbewältigung» in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich. Psychologisch-pädagogische Maßnahmen im Vergleich“, in *Die Schatten der Vergangenheit*, S. 479 ff., in erster Linie S. 482-483, 486-487.

Zwischenkriegszeit wurden verschiedenste Pläne zur territorialen Neugestaltung Deutschlands geboren, deren Analyse das eindeutig beweist – obwohl einer der Gesichtspunkte jener Entwürfe doch die „Gleichschaltung“ Preußens war.<sup>21</sup> Bereits im Jahre 1918 war der Plan des H. Preuss geboren, welcher bei Berücksichtigung der alten Grenzen doch auch mit dem Anschluss Österreichs rechnete. Demgemäß wären folgende die deutschen Länder: Preußen, Schlesien, Brandenburg (mit Mecklenburg und Pommern), Thüringen, Obersachsen, Niedersachsen (mit Schleswig und Holstein), Hessen, Westfalen, Rheinland, Baden, Württemberg, Bayern, Österreich. (Freistädte wären Berlin, Lübeck, Hamburg, Bremen und Wien.) Gemäß des vorläufigen Vorschlages von Hans Luther hätte Preußen in 12 Provinzen aufgeteilt werden müssen, d.h. es wären folgende Provinzen bzw. Länder zustande gekommen: (Ost-)Preußen, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern, Grenzmark, Brandenburg, Provinz Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinland und die Stadt Berlin sowie Mecklenburg, Thüringen, Hessen, weiterhin die Städte Hamburg und Bremen als Reichslandprovinzen, denen sich als Freistaaten Sachsen, Bayern (mit der Pfalz), Württemberg, Baden anschließen würden. Autor des so genannten „Frankfurter Planes“ war A. Weitzel, der – ebenfalls den Anschluss voraussetzend – folgende Länder vorsah: (Ost-)Preußen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, Obersachsen, Niedersachsen an der Elbe (d.h. Schleswig-Holstein und Braunschweig), Niedersachsen an der Weser (d.h. Hannover, Westfalen und Oldenburg), Nieder-Rheinland, Rheinland-Franken (d.h. Ober-Rheinland, Pfalz und Hessen), Oberfranken, Schwaben, Bayern, Österreich. Die Entwürfe Baumanns und Rabes stimmten nahezu überein, wonach die Länder folgende wären: (Ost-)Preußen, Schlesien, Ostseeterritorien (d.h. Pommern und Mecklenburg), Brandenburg, Mitteldeutschland (d.h. Sachsen, Anhalt und Thüringen), Niedersachsen, Schleswig-Holstein–Hamburg, Rheinland-Westfalen, Rhein-Main-Gau, Baden-Württemberg (bei Rabe mit dem Saarland), Saarland (bei Baumann), Bayern. Die Bildung von Wirtschaftsprovinzen und innerhalb jener von Bezirken empfahl E. Scheu, und zwar wie folgt: Baltisches Territorium (Preußen, Pommern, Mecklenburg), Schlesien, Mark (d.h. Brandenburg), Mitteldeutschland (mit den Kreisen Lausitz-Ostsachsen, Westsachsen-Ostthüringen, Westthüringen und Halle-Magdeburg), Nord-Westdeutschland (Schleswig-Holstein, Niedersachsen), Niederrheinland-Westfalen, Zentralrheinland (Hessen, Oberrheinland, Moselland), Oberrhein-Südwestdeutschland (Pfalz, Baden-Württemberg) und Bayern. Der Plan

---

<sup>21</sup> Zwecks Liquidierung des so genannten „Reich-Preußen“-Dualismus wurden in den 20-er Jahren zahlreiche – nachfolgend aufgeführte Pläne geboren; im Januar 1928 dann gründete man den Bund zur Erneuerung des Reiches unter der Leitung des einstigen Kanzlers Hans Luther. (Auch im Jahre 1953 wird unter seiner Leitung ein ähnlicher Ausschuss gegründet...)

W. Tuckermanns schließlich wünschte sozusagen germanische Stammesbeziehungen mittels folgender Länder zu berücksichtigen: (Ost-)Preußen, Schlesien-Lausitz, Mark (Brandenburg) und Pommern, Thüringen, Obersachsen, Niedersachsen, Nordsachsen (Mecklenburg und Schleswig-Holstein), Westfalen (mit Oldenburg), Hessen, Rheinland, Saarland, Baden (mit der Pfalz), Schwaben (Württemberg und Schwabenland), Bayern.<sup>22</sup> Diesen Plänen, von denen man bei der Neugestaltung nach dem zweiten Weltkrieg sicherlich einiges berücksichtigt hat, ist wohl zu entnehmen, dass die (entsprechend gehandhabten) historischen Aufteilungen immer bessere als die künstlichen sind, und von diesem Gesichtspunkt her verweist jeder Entwurf (mit Ausnahme eines Punktes bei Tuckermann) ziemlich genau den Grenzverlauf, welcher auf Jahrhunderte zurückverfolgt werden kann und der nach 1949 die „innerdeutsche“ Grenze bildete.

Die von der auf diesem Territorium gegründeten Deutschen Demokratischen Republik favorisierten Traditionen waren, wie bekannt, bereits bei den Vertretern des „preußischen Sozialismus“ anzutreffen, bei Moeller und Spengler nämlich. Dazu zählten zunächst die Reformation und innerhalb jener die Tradition der Volksreformation; es folgen die Traditionen Kants und vor allem Fichtes im Zusammenhang mit der preußischen Reformperiode und dem gegen Napoleon geführten Befreiungskrieg sowie dem damit in Verbindung stehenden preußisch-russischen Bündnis; dazu zählt allgemein die Sympathie dem revolutionären Russentum (wenn auch nicht unbedingt dem Bolschewismus) gegenüber, von welcher die Schriften Moellers und Spenglers nur so strotzen und

---

<sup>22</sup> Vgl. Walther Vogel: *Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart*, B. G. Teubner, Leipzig–Berlin 1932, S. 142 ff. Der Autor, Professor für historische Geographie an der Universität Berlin, vertritt entschieden den Standpunkt, dass Preußen das Kernstück des Deutschen Reiches sei, es war und auch bleiben würde. Dies bezog sich auf das moderne (und „hoffentlich“ einmal dann großdeutsche) Reich. (Erw. Werk, S. 125.) Kernland des alten Reiches nämlich war das Rheintal, doch kamen in der Neuzeit Österreich sowie Preußen zustande, sozusagen als deutsche Abwehrstaaten den halbasiatischen Großmächten (d.h. dem Osmanischen und Russischen Reich) gegenüber. (Derselbe: *Das neue Europa*, 16. Band der Reihe Bücherei der Kultur und Geschichte, Kurt Schroeder, Bonn-Leipzig 1921, S. 108 ff.) Der Standpunkt des Autors aber weist ein wenig widersprüchlich in Richtung britischfeindlicher kontinentaler Aussöhnung: seiner Meinung nach nämlich ist Tirpitz der einzige weitsichtige Staatsmann seiner Zeit, der den richtigen Weg beschrift, als er im Interesse des beharrlichen und letzten Gefechtes gegen England die Übereinkunft mit Russland suchte, auch wenn der Preis dafür die Aufopferung Konstantinopels und der Habsburgermonarchie ist. Die brüchige Monarchie nämlich hätte den externen Bedrohungen und internen Spannungen sowieso nicht standgehalten, wäre auf Einwirkung des Panslawismus früher oder später zerfallen – für das siegreiche Deutschland aber hätte das schon keine Gefahr mehr dargestellt, da die kleinen Balkanstaaten sowieso in Deutschland Zuflucht vor dem russischen Koloss gesucht hätten. (Siehe ebenda S. 148–149.)

die in der DDR dann als „ewige Sowjetfreundschaft“ manifestiert wird demgegenüber steht eine Art Angelsachsen-Feindlichkeit (in der DDR mit der betonten Erinnerung an die anglo-amerikanischen Bombardierungen).<sup>23</sup> Wie erwähnt, ist bei den „preußischen Sozialisten“ die Sympathie für die so genannten „roten Preußen“ (zumindest für die nicht-jüdischer Abstammung wie Engels, Bebel) ebenso vorhanden.<sup>24</sup> Eine quasi halboffizielle Stellungnahme der DDR konstatiert – mit dem Abklingen der anfänglich aggressiven Preußenfeindlichkeit – nachdrücklich, dass es auch in der Geschichte Preußens fortschrittliche Traditionen gäbe.<sup>25</sup> Die DDR aber vermochte nicht über ihren eigenen Schatten zu springen: sie konnte nie unumwunden eingestehen, dass man Erbe der preußischen (oder auch: preußischen und sächsischen) Traditionen war. Eigentlich wurden auch im Westen nur selten ernsthafte diesbezügliche Andeutungen gemacht.<sup>26</sup> Obwohl Führungskräfte und Ideologen der DDR für eine gewisse Zeit gern von einem „einheitlich sozialistischen Deutschland“ mit dem *Kernstaat* DDR träumten (bei dem es sich offensichtlich ebenfalls um eine preußische Reminiszenz handelte), und obwohl sich später dann auch eine Art spezifisches ostdeutsches Identitätsbewusstsein herauszubilden begann, entbehrte doch die Konzeption der „sozialistischen deutschen Nation“ jeglicher Grundlage. Man kann aber nicht wissen, was geschehen wäre, hätte die Staatsführung nicht auf diese Weise, sondern unter der schwarz-weiß-roten Flagge und dem Symbol des schwarzen oder roten Adlers vereint mit dem gestreift-bekränzten sächsischen Wappen die Formierung Preußen-Sachsens (oder Sachsen-Preußens) in Angriff genommen... Im November/Dezember 1989 haben letztendlich noch viele ihre Stimme für einen souveränen ostdeutschen Staat abgegeben, und da hätte dieser Staat schließlich eine eigene (nationale) Identität erlangen müssen.<sup>27</sup> Die erneute kleindeutsche

<sup>23</sup> Vgl. z.B. Klaus Drobisch: „Im antifaschistischen Kampf: Argumente aus den Befreiungskriegen 1812/13“, in *Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789*, S. 255 ff.

<sup>24</sup> Zu den „roten Preußen“ (wie z.B. Ernst Niekisch) siehe die abschließenden Abschnitte im Buch von Bernt Engelmann: *Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten*, Bertelsmann, München 1979, passim.

<sup>25</sup> Horst Bartel Ingrid Mittenzwei Walter Schmidt: „Preußen und die deutsche Geschichte“, in *Preußen in der deutschen Geschichte nach 1789*, S. 314.

<sup>26</sup> Siehe u.a. das Rundtischgespräch „The role of the German Democratic Republic within Eastern Europe“, im Band *Eastern Europe in the 1970s* (erschieden in der Reihe Praeger Special Studies in International Politics and Government), ed. by Sylvia Sinanian – Istvan Deak – Peter C. Ludz, Praeger, New York – Washington – London (1972), S. 242 ff., in dem Melvin Croan – nach Dahrendorf – darauf verweist, dass auf diesem Territorium die Kontinuität autoritärer Traditionen bzw. Politikultur zumindest seit 1933 besteht und dass dies einen der beiden deutschen Entwicklungswege darstellen kann.

<sup>27</sup> Die Herausbildung einer ostdeutsch-preußischen Identität wurde in der DDR letztendlich durch die sowjetische Besatzungsmacht verhindert, welche Ostdeutschland ausschließlich

---

Wiedervereinigung (mit nun west-südwestdeutschem Übergewicht) hat diese spezifische Neuaufgabe der preußischen Staatlichkeit liquidiert.

---

als eine zu veräußernde Kriegsbeute behandelte, bis zum Schluss den Status der „Zone“ aufrechterhaltend und über vier Jahrzehnte hinweg preußische Traditionen sowohl physisch als auch geistig wesentlich zerstörend bzw. vernichtend. (Denken wir doch dabei allein an die Zerstörung des Berliner Stadtschlusses oder der Potsdamer Garnisonskirche...) Stefan Heym meinte, dass die DDR gegenwärtig nur noch Fußnote der Geschichte sei – aber es gibt Fußnoten, die zumindest genauso interessant wie der Haupttext sind.